

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg. Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzel in Hachenburg.

112

Bezugspreis: vierteljährlich 2 40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Fringerlohn; durch die
Post 2,25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Preisbeilagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch, den 15. Mai 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechspaltige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

1. Mai. Am Westufer der Nordsee entwickeln sich heftige Kämpfe. — Im Luftkampf werden 19 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

2. Mai. In mehreren Kampfabschnitten der Westfront ist die Artillerie tätig. — Der Verlust der feindlichen Luftschiffe an den deutschen Fronten beträgt im April 15 Fesselballons und 271 Flugzeuge.

Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl

Einvernehmen — Ausbau und Vertiefung des Bundesverhältnisses.

(Mündliche Mitteilung.) Berlin, 13. Mai.

Der Kaiser von Österreich und König von Ungarn hat am 12. Mai S. M. dem Kaiser und König von Preußen Hauptquartier einen Besuch abgestattet. Der Begleitung Kaiser Karls befanden sich außer persönlichen Gefolge Sr. Majestät der Minister Graf Burian, der Chef des Generalstabes Freiherr v. Arz und der k. u. k. Botschafter in Berlin Prinz zu Hohenlohe.

Von deutscher Seite nahmen an der Begegnung der Reichskanzler, Generalfeldmarschall Hindenburg und General Ludendorff, Staatsminister v. Kühlmann und der kaiserliche Botschafter in Wien, Graf v. Wedel.

Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Mitarbeitern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundsätzlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den Monarchien betreffen. Hierbei ergab sich ein Einvernehmen in allen diesen Fragen und ein Beschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

In dem Gange der Besprechungen trat erfreulicherweise zutage, wie hoch von beiden Seiten das Vertrauen in den Verteidigungskrieg so glänzend erprobte langjährige Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Preußen bewertet wird.

Im Großen Hauptquartier.

Von wohlunterrichteter Seite in Berlin erfahren wir:

Der Frieden von Bukarest war nur ein kurzer Ruhepunkt. Ein Abschluß für die diplomatische Arbeit des Vierzehn-Krieges sind die Verträge, die unter seinem Namen abgeschlossen wurden, veröffentlicht worden, da gibt es keinen Grund, die Hauptquartiere wieder ein bedeutungsvolles Leben. Kaiser Karl ist am Hoflager unseres Kaisers eingetroffen, begleitet von seinem neuernannten Ersten Stellvertreter, von dem soeben zum ungarischen Grafen ernannten Minister des Auswärtigen Burian, und vom Generalstabes, dem Freiherrn v. Arz. Zu ihrem Empfang hatten sich auch der deutsche Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen bereits Ende der Woche an Ort und Stelle begeben. Man darf es sich lebhaft vorstellen, daß nichts weniger als höfliche Zusammenkünfte herbeigeführt haben; nachdem der Kriegszustand im Osten so gut wie abgeschlossen ist, neue Grundlagen für den Ausbau des Einvernehmens vereinbart werden. Die Kärner werden, nach dem bekannten Sprichwort, wieder zu tun bekommen, da sie sich nicht scheuen, zu bauen. Auch der Kaiser von Preußen ist ins Große Hauptquartier und an die Spitze der Begleitung des Ministers des Auswärtigen.

Man darf es sich lebhaft vorstellen, daß nichts weniger als höfliche Zusammenkünfte herbeigeführt haben; nachdem der Kriegszustand im Osten so gut wie abgeschlossen ist, neue Grundlagen für den Ausbau des Einvernehmens vereinbart werden. Die Kärner werden, nach dem bekannten Sprichwort, wieder zu tun bekommen, da sie sich nicht scheuen, zu bauen. Auch der Kaiser von Preußen ist ins Große Hauptquartier und an die Spitze der Begleitung des Ministers des Auswärtigen.

Zusammenhang des Schutzes und Truppendienstes, das die finnische Regierung mit dem Deutschen Reich abgeschlossen hat, geht also das stolze Albion mit völliger Richtsicherheit vorbei, es ist nichts als Luft für die Herren in London, die offenbar noch immer an dem Wahn festhalten, daß in ganz Europa kein Stein zur Erde niederfallen darf, wenn sie nicht ihren Segen dazu geben wollen. Man denke: Finnland soll sich für neutral erklären in einem Augenblick, da die deutschen Hilfstruppen, denen es seine Befreiung verdankt, noch im Lande stehen, und da die Linde, mit der seine Verträge mit Deutschland unterschrieben wurden, kaum schon trocken geworden ist! Ähnliche Zumutungen werden auch anderwärts nicht ausbleiben. Mit den baltischen Ländern hat England ja schon von jeher gellebte; hier wird es allerdings, da der direkte Anschluß an Deutschland auf dem besten Wege ist, kein Glück mehr haben. Um so heftiger wird es sich um die Gunst der Ukrainer bemühen, während es die Verhinderung um Polen in der Hauptsache wohl den französischen Genossen übertragen wird. Hier allerdings ist der Boden so schwankend, daß bei Zeiten vorgebaut werden muß. Und wenn nicht alle Anzeichen täuschen, steht denn auch die polnische Frage bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier an erster Stelle. Sie hat, seitdem unsere Truppen in Warschau eingezogen sind, ihr Gesicht schon allzu oft verändert, als daß wir uns über die Unsicherheit der Stimmungen gar zu sehr wundern dürften. Hätten wir allein über die Zukunft des Polenreiches zu entscheiden, dann wären wohl manche Schwierigkeiten vermieden worden, die uns vielen Verdruß eingetragen haben. Aber nun wird es gelten im Verein mit unseren Bundesgenossen die richtige Lösung zu finden — und dann mit voller Klarheit und Entschiedenheit den Weg gehen, für den man sich entschlossen hat. Wenn irgendwo so muß an dieser Stelle den Intrigen der Weltmächte der Zugang fest verstopft werden. Eher wird es im Osten keine Ruhe geben.

Mit der Polenfrage stehen dann auch zahlreiche Wirtschaftsinteressen in Zusammenhang, die für den Ausbau unseres Bundesverhältnisses mit Österreich-Ungarn von großer Bedeutung sind. Hier gibt es schwere, aber lohnende Arbeit zu tun, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sie im Geiste gegenseitigen Vertrauens geleistet werden wird. Zuletzt — aber durchaus nicht etwa als ein unwichtiger Gegenstand — wird die augenblickliche militärische Lage einer aufmerksamen Prüfung unterzogen werden. Auch in diesem Punkte dürfen wir uns auf die unverminderte Tragfähigkeit unseres Bundes verlassen. Solange Deutschland noch um sein Dasein zu kämpfen hat, kann und wird auch Österreich-Ungarn die Waffen nicht niederlegen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In Warschau fanden in diesen Tagen unter Vorsitz des Verwaltungschefs Excellenz Steinmeier Beratungen in der Frage der Übergabe der Verwaltung in polnische Hände statt. Das Ergebnis der Beratungen war folgendes: Gewisse Zweige der Verwaltung können den polnischen Behörden gleich nach Erlangung der Genehmigung der Zentralbehörden der Okkupationsmächte in Berlin und Wien übergeben werden. Andere, welche sich grundsätzlich schon jetzt zur Überweisung eignen, bedürfen der Besprechung der Einzelheiten, welche in besonderen Kommissionsberatungen erfolgen soll. Andere wieder werden erst mit dem Augenblicke der Übernahme der gesamten Verwaltung durch die polnischen Behörden übergeben werden können.

Rußland.

Auf Grund der allgemeinen Amnestie vom 1. Mai wurde eine große Zahl der in den Gefängnissen befindlichen politischen und Kriminalverbrecher befreit. In Petersburg wurden die früheren Minister des Regimes der Romanow und Kerenski in Freiheit gesetzt, ausgenommen die wegen Hochverrats und Betrugs verurteilten. Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erfuhr von seiner Befreiung am dem Tage, an welchem er aus dem Gefängnis beurlaubt werden sollte. Burlischewitsch und die anderen Teilnehmer an dem Anschlag gegen die Sowjets sind in Freiheit gesetzt worden; im ganzen haben 200 Personen, welche wegen politischer und strafrechtlicher Vergehen verurteilt worden waren, an diesem Tage die Kerkertüren verlassen.

Frankreich.

In einem Aufruf der belgischen Sozialisten in Frankreich, den die „Humanité“ veröffentlicht, wird Einspruch gegen das Bestreben erhoben, den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg zu verwandeln. Der Aufruf erklärt, daß die belgische Arbeiterklasse beschloß, habe, die Politik des Schweigens und der Untätigkeit aufzugeben. Er verlangt verstärkte Überwachung der Regierung durch das Parlament, stimmt dem Londoner Programm der Sozialisten zu, fordert als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden die Gesellschaft der Nationen nach Wilsons Grundgedanken und den sofortigen Zusammenschluß einer internationalen sozialistischen Konferenz zur Vorbereitung des Friedens.

Im Bonnet-Rouge-Prozess bezeichnete der Ankläger Morner Duval als Hauptagenten der Verräterei und forderte für ihn die Todesstrafe. Gegen Marlon, Landau und Goldski beantragt er die für Verbindung mit dem Feinde vorgesehenen Strafen, gegen Verzaffon für Verhandlungen mit dem Feind und gegen Benmarie wegen Mittäterschaft bei Verhandlungen mit dem Feinde.

Amerika.

Der Kampf gegen das Deutschtum in den Vereinigten Staaten nimmt immer schroffere Formen an. Ein großer Teil der Presse fordert einstimmig die Einführung eines Gesetzes, durch das der Gebrauch der englischen Sprache allen amerikanischen Bürgern zur Pflicht gemacht werden soll. Diese Agitation richtet sich gegen die Deutsch-amerikaner. Die deutsch-amerikanischen Zeitungen werden allgemein boykottiert. Die letzte deutsche Zeitung in Brooklyn hat ihr Erscheinen eingestellt.

In Newport fand eine Massenkundgebung der Iren statt, die einen ausgesprochen englandfeindlichen Charakter trug. Die einstimmig angenommene Entscheidung bittet Wilson und den Kongress um Unterstützung des irischen Volkes, das gegen die Wehrpflicht kämpft, um der Ausrottung seiner Rasse vorzubeugen. Nach der Versammlung marschierte eine größere Menge, mit einer irischen Weiskapelle an der Spitze, durch die Straßen unter den Rufen: „Sur Hölle mit den britischen Mordern!“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 13. Mai. Auf ein Guldigungs-Telegramm der aus Russland vertriebenen Reichsdeutschen hat Kaiser Wilhelm in einem Telegramm geantwortet, in dem er die Hoffnung ausdrückt, daß die Auslandsdeutschen infolge des Krieges mit der Heimat innig verwachsen sein werden.

Kiel, 13. Mai. Gehobener Justizrat Professor Albert Sanel, Staatsrechtslehrer an der Kieler Universität, Ehrenbürger der Stadt Kiel, langjähriges Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses und Führer des Liberalismus in Schleswig-Holstein, ist in Kiel im Alter von fast 85 Jahren gestorben.

Dresden, 13. Mai. Justizminister Dr. Nagel ist an den Folgen einer plötzlichen Halskrankung gestorben.

Dresden, 13. Mai. Die Einführung eines staatlichen Kohlenpregs ist nunmehr gesichert, da die voneinander abweichenden Beschlüsse beider Ständekammern ausgeglichen sind.

Bukarest, 13. Mai. Einem königlichen Erlass zufolge soll das Gebiet des Donaudeltas eigene Verwaltung erhalten.

Christiania, 13. Mai. Die Regierung hat die Ausfuhr aller Waren (mit Ausnahme von Fischen) ohne Erlaubnis verboten.

Christiania, 13. Mai. Der schwedische Telegrammspion Gustav Boeving, der der französischen Regierung von Stockholm und Kopenhagen aus Abschriften von Chiffretelegrammen der Mittelmächte verkaufte, wurde hier zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er norwegische Telegraphenboten bestochen wollte.

Kiew, 13. Mai. Herr Dobryn, das verhaftete und später wieder befreite Mitglied des deutsch-ukrainischen Finanzkomitees, ist jetzt zum Vorsitzenden des ukrainischen Finanzkomitees, das ist zum ukrainischen Finanzminister, ernannt worden.

Bern, 13. Mai. Unter Berufung auf die Beschlüsse des Beharabischen Bauernkongresses hat die russische Regierung Einspruch gegen die Angliederung Beharabiens an Rumänien erhoben.

Deutscher Reichstag.

(164. Sitzung.)

OB. Berlin, 13. Mai.

Der Haushaltsplan der Marineverwaltung wird zu Ende geführt. Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses auf Schaffung von Beamten- und Angestelltenausschüssen bei den Marinebetrieben. Ferner wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, daß die den Angestellten in den Marinebetrieben für ihre Mehrleistung zustehenden Zuschläge auf die Kriegsteuerungszulagen nicht angerechnet werden. Abgelehnt wird ein Antrag, der die gestrichenen fünf Intendanturrate wiederherstellen will. Es folgt die Beratung des Haushaltsplans des Reichsschatzamt.

Abg. Bruns (Schwaben-Carolath (natl.)) schlägt eine von allen Parteien unterstützte Entschädigung vor, den Kriegsteilnehmern von 1870/71 und vorangegangener Feldzüge, die einen Ehrensold von 150 Mark erhalten, eine einmalige außerordentliche Zuwendung aus Reichsmitteln zu gewähren.

Abg. Barwinkel (natl.) verlangt Eingliederung der unansehnlich gewordenen Darlebenskassen.

Abg. Werner-Dersfeld (Dsch. Frak.) bedauert, daß die Gewährung von höheren Teuerungszulagen an die Reichsbeamten am Widerstand Preußens scheitert.

Abg. Bontherr (Soz.) führt Beschwerde über den unzulässigen Druck, der auf Arbeiter, Soldaten und Schulkinder zur Zeichnung von Kriegsanleihe ausgeübt wird.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Entschädigung Schoenrich-Carolath einstimmig angenommen. Der Haushaltsplan des Reichsschatzamt wird auf Antrag des Abg. Graf Westarp von der Tagesordnung abgelehnt.

Abg. Dr. Belzer (Sentr.) begrüßt den neuen Staatssekretär und dankt seinem Amtsvorgänger. Angesichts der Geldentwertung müssen die Geldstrafen wesentlich erhöht werden. Die Autorität der Gerichte muß gehoben werden, am besten durch Zustellung von Valenrichtern, auch in Zivilsachen. Dem Kriegsdürker muß mit allen Mitteln zu Leibe gegangen werden.

Abg. Deine (Soz.): Es ist eine undankbare Aufgabe, jetzt über Rechtspflege zu sprechen. Der Glaube an das Recht ist zerstückelt im kleinen wie in der hohen Politik. Die neuen Verordnungen verstoßen nur den Rechtsweg. Die Wandlungsphase muß erhöht werden, damit die Unterstellungen von Kriegsteilnehmern und Kriegshinterbliebenen unpfundbar sind.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Vp.): Die Referendare und Assessoren im Feld müssen für den Zeitverlust entschädigt werden. Die Kriminalität der Jugendlichen und ihre stetige Zunahme ist das traurigste Kapitel des Krieges. An Stelle des Strafrichters muß mehr wie bisher das Vormundschaftsgericht treten. Die Generalkommandos haben mit ihren vielen Verordnungen meist nichts erreicht als Schikanen des Publikums. Die Lehrer müssen wieder zu den Schülern kommen, statt daß sie, wie bis jetzt, im Feld oft zu ganz nebensächlichen Dingen verwendet werden.

Abg. Straß (Vsp. der Nationallib.): Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen muß zu verstärkten erzieherischen Maßnahmen führen. Kinder unter 14 Jahren sollten nicht auf die Anklagebank kommen.

Staatssekretär Dr. Krause dankt für die allseitige freundliche Begrüßung. Das Reichsjustizamt habe ein gewaltiges Arbeitsfeld. Es dürfe keine trodene rein juristische Behörde sein. Dem Anwaltsstand müsse weiter geholfen werden. Das Gesetz wegen der Anwalts-Gebühren könne kein endgültiges sein. Die gesetzliche Regelung stehe aber auf Schwierigkeiten. Es sei eine große Rechtsreform jetzt nicht möglich. Die Vorarbeiten seien aber im Gange. Die Reform der Gesetzgebung sollte der Reichstag in Form eines Initiativantrages anregen. Der neue Strafrechtsentwurf werde demnächst der öffentlichen Kritik übergeben werden können.

Weiterberatung Dienstag.

Die preussische Wahlvorlagen.

3. Lesung im Abgeordnetenhaus.

(148. Sitzung.)

11. Berlin, 13. Mai.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt. Am Ministerische: Dr. Friedberg, Dr. Drews, Vizepräsident Dr. Vorsch eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Präsident leider durch Krankheit verhindert ist, die Verhandlungen zu leiten.

Die Anträge.

Zur dritten Lesung liegen wieder zahlreiche Anträge vor. Die Vorschläge und die Mehrheit der Nationalliberalen beantragen, die Regierungsvorlage wiederherzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen. Beide Parteien haben auch ihre Anträge auf Einführung der Verhältniswahl in den großen Wahlbezirken und in den Ostmarken wieder eingebracht. Vom Zentrum liegen die Sicherungs-Anträge wieder vor. Weiter haben die Abgg. Dr. Rohmann, Flachmann, Fuhrmann und Daeuwer einen Antrag eingebracht, wonach eine Zusatzstimme erhalten soll, wer 50 Jahre alt ist, wer 10 Jahre in einer Gemeinde wohnt, wer mehr als 10 Jahre als Beamter, als Mitglied einer Körperschaft des öffentlichen Rechts tätig war, und wer in einem Berufe selbständig tätig ist.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten soll zunächst eine allgemeine Aussprache stattfinden. Dann soll über die ersten Artikel des Verfassungsgesetzes beraten werden, ferner über die Sicherungen, sodann über die Zusammenfassung des Herrenhauses, weiter über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und schließlich über die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes. Darauf soll eine Gesamtentscheidung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung erfolgen.

Allgemeine Besprechung.

Abg. Dr. Vorsch (Zentr.): Es ist nicht möglich, irgend etwas Neues zu sagen. Wir wollen daher nur unsere Abstimmung rechtfertigen. Wir sind in den letzten Wahlkampf mit der Erklärung eingetreten, daß wir die Notwendigkeit einer Reform unseres Wahlrechts anerkennen. Auf diesem Standpunkt stehen wir noch heute. Redner wirt einen Blick a. l. die bisherige Geschichte des Wahlreformgedankens und fährt fort: Wir waren bereit, auf dem Boden des gleichen Wahlrechts zu einer Verständigung mit einer möglichst großen Mehrheit dieses Hauses und mit der Regierung zu gelangen. Wir werden auch in Zukunft dazu bereit sein. Da sich nicht übersehen läßt, ob bei einer Änderung des Wahlrechts im Sinne des gleichen Wahlrechts nicht unter Umständen radikale Mehrheiten in dieses Haus einzuziehen werden, mußten wir uns die Frage der Sicherung der Grundlagen des Staates vorlegen. Daraus sind die

Sicherungsanträge

entstanden. Die Abänderung dieser Bestimmungen, die früher in etwas anderer Form in der Verfassung standen, soll an eine Zweidrittel-Mehrheit gebunden sein. Eine derartige Bindung ist nichts Unerhörtes. Wenn Sie jetzt die Vorlage des gleichen Wahlrechts ablehnen, dann ist die Einführung der Verfassung, aber die Verhältnisse, die die Einführung der Vorlage gezeitigt haben, sind nicht aus der Welt geschafft. Aber kurz oder lang wird das Haus in die Notwendigkeit verlegt sein, das gleiche Wahlrecht anzunehmen, mag man das jetzt wollen oder nicht.

Abg. Dr. v. Dendrand (konf.): Die grundsätzliche Stellungnahme aller meiner politischen Freunde ist in der zweiten Lesung zum Ausdruck gekommen. Wir haben daran nichts zu ändern. Von wenigen Einzelheiten abgesehen, werden wir auch in dieser Lesung

zur die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen.

Wir sind, wie ich in der vorigen Lesung schon gesagt habe, nach wie vor bereit, an einer Verständigung auf der Grundlage des Mehrstimmensrechts mitzuarbeiten, um ein positives Resultat aus dieser ganzen gesetzgeberischen Aktion herbeizuführen, vorausgesetzt, daß sich diese Versuche im Rahmen des für unsere Auffassung Erträglichen und des nach unserer Auffassung für das Land Nützlichem bewegen. Eine solche Grundlage können wir allerdings in dem Antrag Rohmann nicht erblicken.

Abg. Ludwig (natl.): Wir werden für die vom Zentrum gestellten Sicherungsanträge stimmen und zwar unsere ganze Fraktion. (Bravo.) Die Majorität, für die ich spreche, tut das in der Erwartung und Hoffnung, daß dadurch das Zustandekommen des gleichen Wahlrechts noch in diesem Hause gefördert werden und dadurch das Land im gegenwärtigen Augenblick vor einer Neuwahl bewahrt wird. Dem in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag Rohmann konnten wir nicht Folge geben, weil er den von mir angebotenen Rahmen verließ, daselbe gilt von dem neuen Antrag Rohmann zum Pluralwahlrecht.

Abg. Dr. Lüdke (frk.): Wir haben vorläufig keinen Grund, von unserer Stellungnahme in der zweiten Lesung abzugeben. Unsere endgültige Stellungnahme zu den Sicherungsanträgen behalten wir uns vor, bis im Hause eine Einigung über § 3 stattgefunden hat. Alle Sicherungen haben nur bedingten Wert. Wir stimmen für Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse zu § 3. Der Antrag Rohmann kann die Brücke zu einer Verständigung zwischen der Staatsregierung und uns bilden. (Hört, hört! links.) Wenn die Regierung verhandeln will, sind wir zur Prüfung bereit.

Abg. Dr. Bachnick (Vp.): Wir lehnen die Sicherungsanträge der Zentrumspartei auch in dritter Lesung ab. Eine Begründung dafür halten wir nach dem, was wir erst vor wenigen Tagen darüber gesagt haben, nicht mehr für erforderlich. Jetzt ist keine Zeit für Worte mehr, das Land will eine Entscheidung haben. Wir werden den Wahlkampf im Lande selbst entgegen ohne sonderliche Erschütterung. In den Augen des Auslandes aber ist dieser Wahlkampf nur ein Beweis überlegener Stärke des preussischen und deutschen Volkes.

Abg. Dr. Rohmann (natl.): Jeder, der die Fähigkeit und den Willen hat, gerecht zu urteilen, kann nicht verkennen, daß mein Antrag ein Entgegenkommen gegen die Vorlage der Staatsregierung bedeutet. Die besondere Zustimmung für die Vollendung des 50. Lebensjahres ist ein starkes Entgegenkommen gegen die Gefühle der großen Volksmenge. Im Lande draußen markiert der Gedanke des gleichen Wahlrechts. (Hört, hört! links.) Das sage ich als ungebeugter Gegner dieses gleichen Wahlrechts, der in seiner Widerstandskraft nicht geschwächt ist. Man mühte blind und taub sein, wenn man die Tatsache bestreiten wollte. (Hört, hört! links.) Kommt es zu einer Auflösung oder Neuwahl, so wird eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht hier einstecken. Wir werden für den Antrag stimmen, werden dann die Regierungsvorlage ablehnen, werden aber auch die Kommissionsbeschlüsse der zweiten Lesung ablehnen. (Beifall links und hört, hört!) Ich hoffe, daß aus den Verhandlungen doch noch etwas zum Wohle unseres Vaterlandes brauchbares herauskommt. (Beifall.)

Staatsminister Dr. Friedberg:

Die Regierung hat schon bei der ersten Lesung mehrfach ausgesprochen, daß sie geneigt wäre, auf Vermittlungsvorschläge einzugehen, die sich im Rahmen des gleichen Wahlrechts halten. Sie hat deshalb auch den Sicherungen, die von einer großen Partei des Hauses vorgeschlagen sind, ihre Zustimmung erteilt.

Bei der Prüfung des Antrags Rohmann muß ich festhalten, daß er nicht den beabsichtigten Zweck zu erreichen geeignet erscheint. Aber die Abstimmungen ließe sich leicht noch reden. (Hört, hört!) Da handelt es sich um ein Moment, das sich vielleicht noch auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts durchführen läßt. Bei anderen Vorschlägen habe ich Bedenken.

So sehr ich anerkenne, daß der Antrag von dem streben zu einer Verständigung ausgeht, ist, so ordentlich wird es mir zu erklären, daß er mit den Gesetzen des gleichen Wahlrechts nicht vereinbar ist.

Heute ist der Tag, an dem jeder sich mit seinem Gewissen der einen oder anderen Seite hin entscheiden muß. Ich frage, ob es nicht wünschenswert wäre, nach irgend einer Richtung hin seinem Gewissen etwas abzugewinnen (rechts), wenn wir die Folgen überdenken, die die Ablehnung der Regierungsvorlage nach sich zieht. Es ist ein Akt, wenn man denkt, mit der Ablehnung sei die Sache getan. Das ist nur die Exposition, das eigentliche Drama folgt erst nach. (Beifall im Zentrum und links.)

Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Vorsch (Soz.), Dr. Mehring (U-Soz.) und Korfanti (Vp.) zur Abstimmung geschritten.

Die Sicherungsanträge des Zentrums werden knapper Mehrheit abgelehnt.

Darauf wird die Vorlage über die Zusammenfassung des Herrenhauses gegen die Stimmen der Fortschrittlichen der Polen und der Sozialdemokraten en bloc angenommen.

Weiterberatung morgen.

Berlin, 14. Mai. Bei der heutigen Abstimmung über das Wahlrecht wurden alle vorgeschlagenen Änderungen des § 3 abgelehnt. Nach einer Erklärung Vizepräsidenten des Staatministeriums Dr. Friedberg die Staatsregierung nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unverrückbar fest. Führt die weitere Behandlung der Vorlage zu keiner endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts, so wird die Auflösung des Hauses zu ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtgemäßem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage traglich ist.

Reichseinkommensteuer in Sicht.

Mehrheitsantrag im Hauptausschuß.

Berlin, 13. Mai.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses Reichstages teilte der Abg. Müller-Fulda mit, dem heute sei ein Antrag zugegangen auf Erhebung einer Steuer, die im Gegensatz zu den Verbrauchs- und Versteuern die leistungsfähigeren Schultern trifft. Der Antrag ist Ergebnis von Verhandlungen, die in den letzten zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien stattgefunden haben. Er hat folgenden Wortlaut:

1. Kriegsabgabe vom Einkommen.

1. Die Abgabe wird erhoben von den natürlichen Personen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 20 000 Mark. Abgabe wird nicht erhoben, soweit dieselbe einen Betrag übersteigt, durch den das Jahreseinkommen nach Abzug der Ausgaben unter 20 000 Mark sinken würde.

2. Das Einkommen der Ehegatten ist zusammenzurechnen und vom Ehemann einheitlich zu versteuern, sofern die gatten nicht dauernd voneinander getrennt leben.

3. Gehälter der Abgabepflichtigen Kinder auf Grund fehlender Verpflegung (bürgerliches Gesetzbuch §§ 1615) Unterhalt, so ermäßigt sich die Abgabe für das und jedes weitere minderjährige Kind um 5 % ihres Einkommens, jedoch nicht um mehr als 5000 Mark für ein Kind.

4. Unverheiratete Abgabepflichtige und verheiratete, whose Abgabepflichtigen haben eine angemessene Erhaltung Abgabe zu entrichten.

5. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Steuerstufen zu erheben, beginnend mit 3 % für die ersten 30 000 Mark Einkommen, abnehmend mit 20 % als Höchststeuersatz.

6. Im übrigen sind die Bestimmungen des Landes über die Einkommensteuer für die Bemessung der Abgabe und das bei der Feststellung und Erhebung der Steuer einzuhalten Verfahren maßgebend. Die

Steuern sah der Großpapa, den weißen Kopf in den Händen vergraben.

Der alte Mann sah auf, als die Entsetzten einen Schmerz an dem Ruhebett niederlegte. Ihm war es nicht verwunderlich, sie „so dumm auf eigenen Füßen ankommen zu sehen, er seine Grotte. Schweigen, mit sanfter Hand, sie an sich, und da, an seiner treuen Brust, endlich die wohlthätigen Tränen unaufhaltsam

16.

Im Flursaal, zwischen der Tür des großen und dem gegenüberliegenden mittleren Fenster, traditionelle Platz, wo alle noch einmal in glanzvoll und stummer Abschiedsrolle erschienen, das feuchte Mauergerölle draußen auf dem Platz vor dem Tore bezogen. Hier hatte die böse Frau Judith gelegen, einen lächelnden Blick dem zornigen Gesicht — hatte sie doch ihren zweifelten Kampf mit dem Tode, nach dem die ihrem Eheherrn mühsam abgerungenen Geld, willig aufgegeben und sich zur ewigen Ruhe gestreckt.

Und hier, unter den fremdländischen, die Gewächsen, die den silberbeschlagenen Sarg der Frau umstanden, sollte Herr Justus Lamprecht, die verwaiste Tochter eines fernen Geschäftsmannes, welcher Herrn Justus testamentarisch Vormund ernannt hatte. Und da sollte eines Tages eine Heirat vor dem Lamprechtischen Hause haben, und weil keine Menschenfeinde das Juchzen gekümmert hatte, wohl aber ein vielente in das Haus und die glänzende hellhinaufgeströmt waren, da sollte das angeführte fremde Mädchen aus dem Wagen geschloffen und den geganzen sein, bis sie oben mit ihren Augen vor der toten Frau gestanden

Forts.

O Heldentod eines Feldgeistlichen. Einer der evangelischen Feldgeistlichen, der 50-jährige Pfarrer Friedrich Eichler, wurde von einer Granate dem Hauptverbandplatz eines Infanterieregiments getroffen; er war Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse.

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von E. Marlitt.

41)

Nachdruck verboten.

Nein, nicht das Schlimmste war geschehen! Nicht wie die schwankende Wehre, die ein einziger Sensenschnitt hinmüht, sank solch eine eisenfest gefügte, kraftstrotzende Gestalt dahin, nicht so griff die dunkle Hand in das hochgeheigerte Getriebe menschlicher Pläne und Entschlüsse und wischte jäh entscheidende Worte von den Lippen! Sie konnte ja nicht schnell genug hinkommen, um die unsäglich Qual los zu werden, um zu sehen, daß es nur ein heftiger Schwindelanfall gewesen.

„Hinter dem Dambacher Hölzchen haben sie ihn gefunden“, klang es aber wieder aufschreckend in ihrem Ohr, und jetzt stochte ihr Fuß, und der ihr Herz fäß beschleichende Glaube an einen täuschenden Traum zerbrach grauam. Da, wo sich die Birken zwischen den Buchenstämmen mischten, ja da war es gewesen! Da war der Boden von Menschenfüßen zerstampft wie ein Kampfsplatz, da hatte man mächtige Keste von den Bäumen gerissen, um Raum zu gewinnen. Ihre innere Kraft brach wie unter einem Streich zusammen, und als das Wäldchen und die ersten Dorfhäuser endlich hinter ihr lagen, und die Fabrikgebäude sich in Steinwurfweite drüben hindehnten, da lehnte sie sich mit wankenden Knien an eine der Linden, die dem Tor des Fabrikhofes gegenüber den Raß- und Erholungsplatz der Arbeiter beschatteten.

Im Hofe standen viele der Fabrikleute in Gruppen, aber kein Laut einer Menschenstimme kam von dorther; man hörte nur die Hufschritte eines Pferdes — es war Herberts Brauner, der auf und ab geführt wurde. In demselben Augenblick, wo Margarete die Linden erreichte, trat der Landrat drüben aus dem Garten in den Fabrikhof, und fast zugleich bog von der seitwärts hinlaufenden Chaussee eine Equipage ab und brauste vor das Tor. Wie durch einen Nebel sah das junge Mädchen flatternde Bänder und wallende Dutsebern — die Damen vom Prinzenhofe saßen im Wagen.

„Um Gottes willen, bester Landrat, beruhigen Sie mich!“ rief die Baronin Taubened Herbert entgegen, der an den Wagenschlag trat und sich verbeugte — er war bleich wie ein Toter. „Gerechter! Wie sehen

Sie aus! Also ist es doch wahr, das Entsetzliche, Unglaubliche... Unser lieber, armer Kommerzienrat —

„Er lebt, Onkel — nicht wahr, er lebt?“ sagte da eine flehende, in verhaltenem Schmerz vergehende Stimme dicht neben ihm, und heiße Finger preßten seine Hand.

Er fuhr in heftigem Schrecken herum. „Um Gott, Margarete —“

Die Damen im Wagen bogen sich vor und starrten die reiche Kaufmannstochter an, die, erregt und bestaubt, im einfachen Morgenkleid und einen schwarzen Schal um den Kopf gebunden, wie ein Dienstmädchen dahergekommen war. „Wie, Fräulein Lamprecht, Ihre Richte, lieber Landrat?“ fragte die dicke Dame stotternd und ungläubig, aber auch mit jener beschränkten Neugier, die sich selbst in den peinlichsten Momenten vorbringt.

Er antwortete nicht, und Margarete hatte nicht einmal einen Blick für seine zukünftige vornehme Schwiegermutter — was wußte sie in diesem entsetzlichen Augenblick von den Beziehungen dieser drei Menschen zueinander! In wilder Angst hastete ihr Auge auf Herberts verstörtem Gesicht.

„Margarete —“ er sprach nicht weiter, aber sein Ton voll innerer Qual sagte ihr alles. Sie schauderte in sich zusammen, ließ seine Hand, die sie noch fest umklammert hielt, von sich und schritt über den Hof nach dem Pavillon.

„Es scheint ihr sehr nahe zu gehen — sie hat den Kopf total verloren“, hörte sie die Klare, kühle Stimme der schönen Heloise mitleidig hinter sich sagen. „Wie wäre es sonst möglich gewesen, so derangiert die Straßen der Stadt zu passieren!“

In dem Hausflur des Pavillons standen zwei im Fortgehen begriffene Aerzte der Stadt und die in Tränen schwimmende Faktotum, und halbblaue Worte von Gehirnschlag und einem schönen, beneidenswerten Tod schlugen an Margaretes Ohr. Ohne die Augen zu heben, glitt sie an den Sprechenden vorüber und trat in das Zimmer, wo der Papa sich aufzuhalten pflegte. Ja, da lag er auf dem Ruhebett — sein schönes Gesicht hob sich in tiefer Blässe von dem dunkelroten Polster — ein friedlich schlafender, dem die läge, schmerzlos hinsinkende Hand alle dunkeln Mäkel von der Stirn aetrest hat! — Zu seinen

Schauspieler Bogumil Dawison geb. — 1882 Schriftsteller
geb. — 1879 Architekt Gottfried Semper geb. —
Schauspieler und Bühnenleiter Franz v. Dingeldey geb. — 1916
von der österreichisch-ungarischen Offensiv in Süditalien. — 1917
allgemeine Ansturm an der Frontenfront wird mit Erfolg zu-
gewendet.

Entkommens für die Einkommensteuer bildet zugleich
Grundlage der Feststellung des Einkommens für die Kriegs-
steuer. In den Bundesstaaten, in denen eine Einkommensteuer
besteht, trifft die Landesregierung die Vorschriften über
Ermittlung des Einkommens.

II. Eine erhöhte Kriegsabgabe

erhöhen von der während des Krieges erzielten Ein-
kommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit er-
zielten Einkommen.

Abgebend ist das Mehrerinkommen gegenüber der
Friedensveranlagung. Auf Antrag des Abgabepflichtigen
an Stelle der letzten Friedensveranlagung das fest-
gestellte durchschnittliche Einkommen der Jahre 1912, 1913
und 1914.

Die Steuerfaktoren für die Einkommensvermehrung sind
nachfolgend, beginnend mit 5 % für die ersten 30 000 Mark
Einkommen, abnehmend mit 50 % als Höchsttafel.

III. Als Ergänzungsabgabe

eine Abgabe vom Vermögen erhoben.
Abgabepflichtig ist ein Vermögen im Mindestbetrage von
100 000 Mark.

Die Abgabe ist in durchgeschafften Steuerfaktoren zu er-
heben, beginnend mit 1 % für Vermögen bis zu 100 000
Mark und abnehmend mit 3 % als Höchsttafel.

Für die Bemessung der Abgabe wird zugrunde gelegt
die Feststellung des Vermögens, welche für die Besitzsteuer
nach dem 3. Juli 1913 auf 31. Dezember 1916 erfolgt
ist. Bei besonderen Vermögensveränderungen bedarf es nur
einer Vermögensfeststellung für die Besitzsteuer auf
31. Dezember 1916 nicht erfolgt oder nachträglich eine wesent-
liche Änderung des Vermögensstandes eingetreten ist; in
diesem Falle wird das Vermögen auf 31. Dezember 1917 fest-
gestellt.

IV. Zuständig zur Feststellung

Erhebung der Kriegsabgabe vom Einkommen und Ver-
mögen ist die Landesbehörde, die zur Feststellung und Er-
hebung der Besitzsteuer berufen ist.

Erklärungen der Regierung.

Zu seinen Aufstellungen über die wahrscheinlichen
Ertragsverhältnisse teilte Reichsfinanzminister Graf Roeder
mit, die neuen indirekten Steuern würden in diesem
Jahre noch nicht viel bringen, besonders, da in den Kom-
munen noch Abstriche gemacht worden seien, von denen
jedoch nichts annehmbar, da in den zweiten Leistungen
noch wieder rückgängig gemacht werden würden.
Mithin seien die Ausfälle an indirekten Steuern
in den Ergebnissen der Kriegsteuer. Die
Milliarden Mark als Ergebnis der Kriegsteuer
hoffentlich einen Übergang in das Finanzjahr 1919
rechnungsmäßiges Defizit ermöglichen.

Reichsfinanzminister Hergt führte aus, daß die
Staaten bei den vorliegenden Steuervorlagen mit der
Regierung völlig einig gehen. Tatsächlich haben die
Staaten bereits großes Entgegenkommen gezeigt. Aber
brauchen Bewegungsfreiheit, weil die die Besitzsteuer
notwendig brauchen. Erst wenn die Gesamtsteuer-
einkommen sein wird, ist die Zeit da für die Lösung
Steuerfrage. Für den Herbst ist eine Kriegs-
steuer der Einzelpersonen in Aussicht genommen.
Es bricht immer nur von den großen Vermögen und
noch nicht vergessen, daß man die kleineren und
kleinen Vermögen auch nicht übergeben darf. Man muß
wenn man von Leistungsfähigkeit spricht, an den ge-
setzten Gehalt und ferner daran denken, daß die Ver-
mögen bereits erheblich herangezogen worden sind. Das
Vermögen, das da ist, läuft nicht weg. Es handelt sich
um eine zeitliche Verschiebung bis zum Herbst.

Der deutsche Tagesbericht.

Das große Hauptquartier, 14. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

den Kampffronten ließ die in den frühen Morgen-
stunden gesteigerte Feuerstärke im Laufe des Vormit-
tags. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf.
Lebhafter Feuerwirkung nördlich vom La-Basse-
versuchten die Engländer am Abend starke Teil-
nahmen gegen unsere Stellungen nördlich und südlich
von Ghenvy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen.
Die Erkundungstätigkeit blieb rege.

den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

WTB Berlin, 14. Mai. (Amtlich.)

erfolgreicher britischer Vorstoß in die englischen Linien
von Nordufer der Somme an der Straße Bray—
nördlich. Festliche Gegenangriffe des Feindes scheiterten.
nichts Neues.

Französische Rache.

der Kriegsberichterstatter des „Temps“, Antraignes,
unter dem 4. Mai: Gefangene von drei deutschen
Schwermegabteilungen wurden in Cabaret Brulos
Schwarzenberg von französischen Grenadieren in einem
Schloß bedeckten Gebäude lebendig verbrannt, weil sie
sich nicht ergeben hatten.

Die Schwäche der amerikanischen Rüstung.

Nach Berichten Londoner Blätter hat die britische
Regierung auf eine Anfrage geantwortet, sie würde
nicht, die Front im Westen mit den eigenen britischen
Kräften so lange zu halten, bis ein großes, ausgebildetes
amerikanisches Heer zur Stelle sei, anstatt kleine ameri-
kanische, mangelhaft ausgebildete Truppenabteilungen unter
amerikanischen Offizieren einzusetzen.

Die amerikanische Anfrage zeigt, wie es um die
britische Bundesgenossen steht. Es zeigt sich
deutlich, daß die Schwäche einer fünf Millionen-

Armee außerordentlich schwierig, ihr Transport nach
Europa aber und ihre Verpflegung dort bei den heutigen
Schiffraumverhältnissen geradezu unmöglich ist.

Drei russische Großfürsten in deutscher Hand.

Der ehemalige russische Oberbefehlshaber gefangen.
Auf einem Landgute in der südlichen Armee sind die
Kaiserinwitwe Maria Feodorowna, der Großfürst Nicolaus
Nicolajewitsch sowie die Großfürsten Peter Nicolajewitsch
und Alexander Michailowitsch in deutsche Gewalt gefallen.

Sie lebten dort seit Ausbruch der russischen Revo-
lution in der Verbannung unter Bewachung einer Ab-
teilung von 25 Matrosen, völlig abgeschnitten von der
Außenwelt. Die neuen Machthaber in Rußland dürften
sich darüber freuen, auf diese Weise der Verantwortung für
Leben und Sicherheit dieser hervorragenden Mitglieder des
ehemaligen russischen Kaiserhauses überhoben zu sein. In
welcher Weise die deutsche Regierung mit den Gefangenen
verfahren wird, steht vorläufig noch dahin. Besondere
Genugung wird es jedenfalls in Deutschland hervor-
rufen, daß auch der ehemalige Oberbefehlshaber der
russischen Armee, der Großfürst Nicolaus Nicolajewitsch,
jetzt in unserer Hand ist.

Unsere flandrischen U-Boote.

18 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 13. Mai.

Amtlich wird gemeldet: Eines unserer U-Boote aus
Flandern, Kommandant Oberleutnant zur See Schmitz
(Walter), hat im östlichen Teil des Armeekanal die be-
waffneten englischen Dampfer „Hungerford“ (5811 Br.-
Reg.-To.) und „Broderick“ (4321 Br.-Reg.-To.) und einen
anderen etwa 5000 Br.-Reg.-To. großen bewaffneten
Dampfer, zusammen 15 000 Raummtonnen, versenkt.

Die schönen Erfolge des Bootes, das nach dem
Blockierungsversuch wohlbehalten in Seebrügge eingelaufen
ist, zeigen besser als Worte, daß sich der Feind falschen
 Hoffnungen hingibt, wenn er immer wieder die Meldung
ausstreut, daß ihm die Blockierung unserer flandrischen
U-Boote glückt sei.

Im ganzen nach neu eingegangenen Meldungen unserer
U-Boote versenkt: 18 000 Br.-Reg.-To.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Eine 100stündige U-Boot-Unternehmung.

Berlin, 13. Mai.

Amtlich wird gemeldet: Eines unserer in Flandern
stationierten U-Boote, unter dem Kommando des Ober-
leutnant zur See Lohs, hat neuerdings während einer
100stündigen Unternehmung im östlichen Teil des Armeekanal
bei schärfster feindlicher Gegenwirkung 7 bewaffnete
Dampfer mit zusammen 22 500 Br.-Reg.-To. versenkt,
darunter 2 wertvolle mit mehreren Geschützen bewaffnete,
5000 Br.-Reg.-To. große Schiffe. Die Dampfer waren,
mit einer Ausnahme, tiefbeladen, und zwar, wie aus dem
Ort der Versenkungen mit Sicherheit geschlossen werden
kann, vorwiegend mit Kriegsmaterial für den Feind.

Die Unternehmung des bewährten Kommandanten stellt
eine hervorragende Leistung dar.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Untergang der „Vindictive“ vor Ostende.

Eine Untersuchung des bei der britischen Unter-
nehmung gegen Ostende querab von der Hafeneinfahrt ver-
senkten englischen Kreuzers „Vindictive“ ergab, daß das
britische Schiff nicht mit Sement beladen gewesen und
nicht von der eigenen Besatzung gesprengt worden ist. Es
ist vielmehr unter der Wirkung unseres Geschützfeuers
untergegangen. Die englische Darstellung des angeblichen
„Erfolges“ wird damit endgültig beseitigt.

Der Mangel an Schiffsraum.

Wie sehr England unter dem U-Boot-Krieg leidet,
darüber unterrichtet uns Churchill wieder einmal in einer
am 24. April im Unterhaus gehaltenen Rede mit folgenden
Worten: „In diesem Jahre hätten 30 % mehr Granaten
und die dazu gehörigen Geschütze angefertigt werden können,
wenn nur genügend Schiffsraum vorhanden gewesen wäre.“

Schlupfdienst.

(Droht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Der zweite Brief des Kaisers Karl.

Rotterdam, 13. Mai. Der Pariser Korrespondent des
Maastrichter Guardian meldet: Der zweite Brief des
Kaisers Karl ist ausnehmend wichtiger als der erste. Der
Kaiser erklärte in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt,
daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen
unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre terri-
torialen Forderungen auf Elsass-Lothringen be-
schränkten. Besetzte Gebiete sollten selbstredend geräumt und
die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wieder her-
gestellt werden. Der Kaiser sagte, er habe sich bereits
der Zustimmung Bulgariens verschert. Der Kaiser ersuchte,
den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten.
Die französische Regierung habe übrigens auf Ehrenwort
erklärt, ihn nicht verraten zu wollen.

Aus Wien wird dazu halbamtlich berichtet, daß ein solcher
Brief des Kaisers Karl nicht existiert und als neuerliches Nach-
werk der Entente bezeichnet werden muß.

Die Bildung einer roten Armee.

Berlin, 13. Mai. Aus Großrußland ist ein verstim-
melter Junkerbrief eingetroffen, aus dem hervorgeht, daß
die Sowjetregierung gezwungen ist, zu ihrer Stärkung eine
rote Armee unter Leitung von ehemaligen kaiserlichen
Offizieren aufzustellen. Die Enteignung der Kapitalisten
und des Grundbesitzes sei bisher noch nicht durchgeführt,
da die bisher angewandte Regierungsgewalt zu schwach ge-
wesen sei. Die roten Gardisten sollen abgeschafft werden.
Ob diese Bestrebungen Erfolg haben werden, läßt sich
noch nicht erkennen.

England an der Randare.

Stockholm, 13. Mai. Der Schwiegerjohn des ehemaligen
russischen Ministerpräsidenten Stolypin, Herr v. Brod, erklärt,
England sei bereits im März oder Oktober 1917 zum
Friedensschluß bereit gewesen, davon aber durch den
Widerstand Amerikas, das den Verlust seiner der Entente ge-
liehenen Gelder befürchtet habe, abgehalten worden.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 14. Mai.

Die Generale 1918. Der Bedarf der Heeresver-
waltung hat sich gegenüber den Vorjahren erheblich erhöht,
da die früher in den besetzten Gebieten des Ostens ver-
fügbaren Raufuttermengen für das Feldheer im kommen-
den Jahre nur in geringem Umfang nutzbar gemacht
werden können. Um eine bessere Ernährung der in kriegs-
wirtschaftlich wichtigen Betrieben tätigen Pferde zu ermög-
lichen, wie dies bisher der Fall war, mußte auch hierfür
ein etwas höherer Bedarf angefordert werden. Wie bisher
werden auch im kommenden Wirtschaftsjahr die ausge-
schriebenen Heummengen im Wege der Landlieferung aufge-
bracht. Um ihren rechtzeitigen Eingang sicherzustellen, ist
vorgeschrieben, daß die Unterverteilung auf die Erzeuger
vorgesehen werden und die Unterverteilung der bis
zum 31. August 1918 aufzubringenden 700 000 Tonnen bis
zum 1. Juni 1918 durchgeführt sein muß. Die Hauptpreise
für das nächste Wirtschaftsjahr werden vor Beginn des
ersten Lieferungsabschnitts bekanntgegeben werden. Die
Reichsfuttermittelstelle kann mit Zustimmung des Kriegs-
ernährungsamts allgemeine Anordnungen über das Ver-
fahren bei Aufbringung und Ablieferung des Heus treffen.
Verkehrsbeschränkungen mit Heu (Ausfuhrverbote u. dgl.),
die bisher nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt des Wirt-
schaftsjahres zulässig waren, sind in Zukunft bis zur Auf-
bringung des Lieferungsstoffs statthaft. Sie sind aufzu-
heben, sobald das Lieferungsstoffs erfüllt ist. Aber Streitig-
keiten, die sich aus der Lieferung von Heu ergeben,
entscheidet ein Schiedsgericht unter Ausschluß des Rechts-
weges.

Warnung vor einem Gefangenen-Lieferverein in
Holland. Das „Internationale Liebeswerk für Ver-
wundete und Kriegsgefangene“ in Maastricht erbat sich
neuerdings zum entgeltlichen Verkauf von Lebensmitteln
an deutsche Kriegsgefangene. Vor Inanspruchnahme dieser
Stelle muß gewarnt werden. Es handelt sich um einen
Verein, der einen in jeder Beziehung ungünstigen Auf-
schnitt, und, wie Erfahrungen der letzten Zeit be-
weisen haben, den Gefangenen für teures Geld
unbrauchbare und wertlose Gegenstände schickte.
Der Verein gefangenen Angehörigen in Frank-
reich oder England Liebesgaben senden will, wende sich
nicht an ausländische Vereine oder Firmen, sondern an
die zuständige Stelle des deutschen Roten Kreuzes, das
die Ware im neutralen Ausland beschafft und ohne eigenen
Nutzen arbeitet. — Es ist ferner bekannt geworden, daß
das „Internationale Liebeswerk“ sich an deutsche Firmen
gewandt hat, um von ihnen eine Geldunterstützung zu
erlangen. Es bedarf keines Hinweises, daß jede Unter-
stützung des Vereins, der sich übrigens vielfach durch
deutsche öffentliche Blätter inliefsam bemerkbar macht,
schon als unerwünscht ist.

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde
durch ständiges Trampeln Feuer die Meldungen aus vorrückter Linie
in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten
ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das
Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch
die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt
ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden,
welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Arme und dem
Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Mirebale-
Terrier und Rottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die
schon, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schul-
terhöhe sind, ferner Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner und
Doggies. Die Hunde werden von Fachbretern in Hunde-
schulen ausgebildet und im Lebensfalle nach dem Kriege an
ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar
sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt
werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderrassen ergeht daher
nochmals die dringende Bitte: Stellt eure Hunde in den
Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule und Melde-
hundschulen sind zu richten an die Inspektion der Nachrichtentruppen,
Berlin W, Markgrafendamm 152, Abt. Meldehund.

Die gefürchteten Eishelligen sind nun glücklich vor-
über, ohne daß sie den um diese Zeit fast regelmäßig
eintretenden Frost brachten. Zwar trat vom Samstag
zum Sonntag eine kühle Witterung ein und zeitweise
näherte sich die Quecksilbersäule des Thermometers reich-
lich dem Nullpunkt, aber gefroren hat es nicht. Die
Herrschaft der drei gestrengen Herren war milde, es gab
nur reichliche Regengüsse am Sonntag und gestern noch
eilige kurze Schauer. Nun kann, nachdem die Eis-
helligen in Gnade vorübergezogen sind, auch mit dem
Legen der Bohnen, Gurken usw., die man gern erst
Mitte Mai der Erde übergibt, begonnen werden, denn
daß jetzt noch Nachfröste sich ereignen, ist nach aller
Erfahrung kaum noch anzunehmen.

Spingstverkehr 1918. Die Rgl. Eisenbahn-
direktion Frankfurt a. M. erläßt folgende Bekannt-
machung: Während der Kriegszeit müssen alle Betriebs-
mittel verfügbar bleiben für die Zwecke der Heeresver-
waltung und des kriegswichtigen Verkehrs. Für den
Personenverkehr zu Pfingsten können daher auch in diesem
Jahre besondere Vorkehrungen nicht getroffen werden.
Mit Unzulänglichkeiten aller Art, Zurückbleiben beim
Reiseantritt oder unterwegs muß gerechnet werden.
Daher benutze die Eisenbahn nur, wer notgedrungen
reisen muß. Um Schwierigkeiten bei der Abfertigung
der Züge soweit als möglich vorzubeugen, wird folgendes
bestimmt: 1. An den beiden Pfingstfeiertagen sowie am
Tage vor- und nachher werden zur Benutzung von
Schnell-(D) Zügen Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs
nur für solche Reisen ausgegeben, bei denen die im
Schnellzug zurückzulegende Strecke 75 Km. übersteigt.
2. In der Zeit vom 16. bis 21. Mai ds. Js. muß die
Fahrt am ersten Geltungstage der Fahrkarte angetreten
werden. 3. Doppelkarten und Karten zur Rückfahrt
kommen an diesem Tage nicht zur Ausgabe. 4. Bahn-
steigarten werden an diesen Tagen nicht verausgabt.
5. Die Ausgabe für Eil- und Personenzüge kann nur
in beschränktem Umfange erfolgen. Der Fahrkartener-
kauf für die einzelnen Eil- und Personenzüge wird ein-

gestellt, sobald nach der Zahl der verabsolgierten Fahrkarten eine Überlastung der Büge oder eine Gefährdung der pünktlichen Zugabfertigung zu befürchten ist.

Altenkirchen, 13. Mai. Nach den letzten gemeldeten Nachschubbrüchen ist ein weiterer, also der dritte innerhalb kurzer Zeit, im evang. Pfarrhause an der Frankfurterstraße zu melden. Auch hier sind es wieder Lebensmittel, die vernichtet werden. Hoffentlich gelingt es, dem Diebe auf die Spur zu kommen. — Der Provinzialrat der Rheinprovinz hat die Abhaltung eines Viehmarktes in Altenkirchen am 1. April 1919 genehmigt.

Wiesbaden, 11. Mai. In der gestrigen 2. Vollversammlung des 52. Kommunallandtages des Regierungsbezirks Wiesbaden wurde der Antrag des Ausschusses auf Übernahme der für die Fürsorge aus feindlichen Ländern zurückkehrenden deutschen Staatsangehörigen erwachsenden Kosten von 30000 M. angenommen. Dann folgte die Beratung eines Antrags auf Abänderung des Gesetzes, betr. die Landesbank, vom 16. April 1902. In der Hauptsache handelt es sich darum, die zulässige Verleihungsgrenze von 60 Prozent des Grundstückswertes auf 75 Prozent zu erhöhen, wenn das Darlehen einer regelmäßigen Tilgung unterliegt und für den 60 Prozent des Wertes übersteigenden Betrag der Bezirksverband, der Kreis usw. die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen haben. Die Verzinsung soll bei zweiten Hypotheken 4 1/2 Prozent, die Amortisation 1 Prozent betragen. Das Haus stimmt der Abänderung zu. Angenommen wurde die Vorlage betreffend die Beteiligung des Bezirksverbandes an der Ostmärkischen Kolonisation wofür auf Antrag des Landesausschusses 500000 Mark diesem zur Verfügung gestellt werden, sowie die Vorlagen des Landesausschusses, wonach der Kommunallandtag für den von der Nassauischen Landesbank der Nassauischen Möbelvertriebsgesellschaft m. b. H. in Aussicht gestellten Kredit von 1 1/2 Mill. Mark die Bürgschaft übernimmt. Dann wurde ein Antrag Gräf-Frankfurt angenommen, wonach der Regierungspräsident als stellv. königlicher Landtagskommissar beauftragt wird, bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Lebensmittelzufuhrverbote der Süddeutschen Staaten zwecks einer gleichmäßigen Lebensmittelversorgung im ganzen Reich aufgehoben werden.

Kurze Nachrichten.

In einer der letzten Nächte wurde nach Durchschneiden der Stadtbahnseinfriedigung von der hinter dem Bohnhof A u befindlichen Weide des Viehhändlers Woz Var aus Hamm ein Rind im Werte von 900 Mark gestohlen und in dem angrenzenden Walde abgeschlachtet. — In Niederschelderbütte erlitt auf dem

Stahlwerk der Arbeiter Heinrich Wieg einen tödlichen Unglücksfall. Er war damit beschäftigt, altes Eisen mit einer Rinde in den Gochosen zu fahren, wobei eine unter dem Altmetall befindliche Granate explodierte und den Mann so schwer verletzte, daß der Tod alsbald eintrat. Er hinterläßt eine Witwe und fünf minderjährige Kinder. — Die gesamten weiten Grasflächen im Zoologischen Garten zu Frankfurt a. M., wurden umgepflügt und sollen zur Futtermittelanlage für die Gartentiere benutzt werden. — Wie aus Marburg gemeldet wird, wurden drei Kinder aus der Burgwaldgegend, die von einem tollwutverdächtigen Hunde gebissen waren, nach Berlin in die Heilanstalt gebracht. — In Bessie bei Gubenberg (Bez. Cassel) hat Freitags der Steinbrucharbeiter Hansmann seine Frau erschlagen, gemeinsam mit seinen Eltern die Leiche auf den Boden geschleppt und durch die Bodenröhre auf das Straßenpflaster gestürzt, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Die aufgefundenen Blutspuren erbringen jedoch den sicheren Nachweis des gewaltsamen Todes. Die Täter wurden in Haft genommen.

Nah und Fern.

o Zur Endenrothspende für Kriegsbeschädigte haben neuerdings je 100 000 Mark gezeichnet: Geresheimer Glashüttenwerke, Buderusche Eisenwerke, Blohm u. Böh, Hamburg, Deutsche Gasglühlicht A. G. (Auergeellschaft), Deutsche Maschinenfabrik A. G., Duisburg, Eisenhüttenwerk Thale, Eisenwerk Maximilianshütte, Nolenwerk in Bayern, Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke A. G., Hochofenwerk Lübeck, Kronprinz A. G. für Metall-Industrie, Münchener Rückversicherungsgesellschaft, Rüttgers-Werke.

o Schlagwetterexplosion in einer Zeche. Durch eine Schlagwetterexplosion wurden in der Zeche Nordstern bei Hork vier Bergleute getötet und mehrere verletzt.

o Ein Bund deutschnationaler Studenten. Zur politischen Schulung der deutschen Studenten hat sich ein Bund deutschnationaler Studenten gebildet, der in verschiedenen Hochschulkollegen vorbereitende Ausschüsse ins Leben gerufen hat. Ausgeschlossen sollen nur Anhänger bewußt antinationaler Richtung sein.

o Gehulagen für städtische Beamte. Der Straßburger Gemeinderat bewilligte aus Bevölkerungspolitischen Gründen Gehulagen für städtische Beamte, Lehrer und Angestellte im Jahresbetrag von einer halben Million Mark.

o Lehrstuhl für Russlandkunde. Gutbesitzer Dr. Schulz in Jeneiten, Kreis Niederung, setzte die Universität in Königsberg i. Pr. zur Erbin seines gesamten Vermögens ein, und zwar zur Gründung eines Lehrstuhls für Russlandkunde.

o Goldschmuggel nach Polen. Von der Kriminalpolizei in Weiden sind in einem Eisenbahnzug ein Mann und zwei Frauen, die über 22 000 Mark gemünzten Goldes in französischen, belgischen und schweizerischen Münzen nach Polen schmuggeln wollten, festgenommen worden. Das Gold, das die festgenommenen Personen in Berlin gekauft haben wollten, wurde beschlagnahmt.

o Das Breslauer Osteuropa-Institut. Der Magistrat bewilligte für das in Breslau zu errichtende Osteuropa-Institut einen einmaligen Beitrag von 100 000 Mark, sowie einen jährlichen Zuschuß von 30 000 Mark.

o Eine deutsch-akademische Bursche. In London fand die Einweihung der Deutsch-akademischen unter großen Feierlichkeiten statt. Der Herzog von Cambridge und die Herzogin Victoria Luise, Prinzessin Preußen, wohnten dem Festakte in der Aula der maligen Universität bei. Es wird den hier untergeordneten Akademikern nicht nur Pflege und Erholung, sondern wissenschaftlicher Unterricht geboten. Professoren in nachbarten Universitäten werden für die Kriegesstudienturke abhalten. Damit bekommt die ehemals von Napoleon geschlossene Universität Breslau wieder einen akademischen Charakter.

o Sieben Arbeiter ertranken. Ein Kahn mit Arbeitern, die auf einer Weichselinsel im Dorfe Mieszawa arbeiteten, kenterte bei der Heimfahrt, wobei Personen ertranken.

o Rückgang des englischen Schweinebestandes. einer Mitteilung des Vertreters des britischen Landwirtschaftsministeriums im Unterhause geht hervor, daß der Bestand in England, der im Jahre 1915 2,061 Millionen im Jahre 1916 2,063 Millionen und im Jahre 1917 2 Millionen betragen hat, jetzt auf 1,65 Millionen gesunken ist.

o Beschleppung von Paris und Versicherungsschaden. Die französischen Blätter melden, daß durch das deutsche Bombardement von Paris erhebliche Schäden bei Schweizerischen und spanischen Gesellschaften, so daß zum Schluß deutsche Gesellschaften die Schäden, die deutsche Geschäfte und Verursachen, bezahlen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ein Förster als Wilderer. Der fürstliche Hof Wienert aus Krollen wurde wegen gewerbsmäßiger Diebstahl zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen im Schloßwildpark Rehwild und eine Anzahl Kanarienvögel abgefahren, die Tiere zerlegt und das Fleisch in Körben nach Kassel gebracht, wo er es an Gasthäusern verkaufte.

§ 100 000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer hat dort verurteilt den Kaufmann Landau wegen Abstreifen der Verklebung für Suppenwürste zu hunderttausend Mark Geldstrafe.

§ Wegen Überschreitung der Höchstpreise verurteilt. Hofener Gericht den Bankdirektor Maslary v. B. zu 10 000 Mark Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhübel in Hachenburg.

Wer noch überschüssiges Getreide bezw. Saatgut im Besitz hat, wolle dies am Freitag, den 17. Mai 1918, auf dem hiesigen Bürgermeisterrat mitbringen.

Hachenburg, den 15. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Ablieferung von Einrichtungsgegenständen. Es wird darauf hingewiesen, daß die kostenlose Ausbaufürsorge besonders auf dem Bürgermeisterrat beantragt werden muß.

Hachenburg, den 15. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Fleischkartenausgabe

am Donnerstag, den 16. Mai 1918 am hiesigen Bürgermeisterrat. Nr. 1-250 von vorm. 9-10 Uhr 251-Schl. 10-11 Uhr. Ich ersuche ausdrücklich den Termin genau innezuhalten. Hachenburg, den 15. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Verkauf von Zucker für Mai und Juni

am Donnerstag, den 16. Mai 1918 in den Geschäften von Winter, Schulz, Rhein, Kaufhaus, Dabach und Fennel. Auf Lebensmittelkartenabschnitt 28 werden 3 Pfund Zucker verabsolgt. Preis pro Pfd. Stampfzucker 42 Pfg., Plattenzucker 44 Pfg. pro Pfd. Das Publikum wird gebeten, im Interesse der Papierersparnis, Säcke oder Schüsseln mitzubringen. Hachenburg, den 14. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Fleischverkauf.

Die Abgabe des Fleisches erfolgt in dieser Woche wie nachstehend angegeben:

An die Einwohner der Stadt am Freitag, den 17. Mai		vorm.	
8-9 Uhr	an die Inh. der Fleisch.	mit den Nr.	201-250
9-10	" " " " " " " "	" " " "	251-300
10-11	" " " " " " " "	" " " "	301-350
11-12	" " " " " " " "	" " " "	351-400
1-2	" " " " " " " "	" " " "	401-450
2-3	" " " " " " " "	" " " "	451-Schl.
3-4	" " " " " " " "	" " " "	1-50
4-5	" " " " " " " "	" " " "	51-100
5-6	" " " " " " " "	" " " "	101-150
6-7	" " " " " " " "	" " " "	151-200

und zwar bei dem Bürgermeister Groß hier. Die Abgabe an die Landbevölkerung erfolgt beim Bürgermeister Kramer hier, am Freitag, den 17. Mai von 8 Uhr vormittags ab. Hachenburg, den 15. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Für die Feiertage!

Täglich frisch eintreffend:
**Kopfsalat
Spinat
Spargel**
zu Tagespreisen.

Warenhaus
S. Rosenau
Hachenburg.

Reizende Pfingstkarten

in selten schöner Auswahl empfiehlt
Ch. Kirchhübel, Hachenburg.

la Zentrifugenöl
" Wagenöl
" Wagenfett
" Lederfett
" Schuhcreme
" Bohnerwachs
empfehlen
Berthold Seewald
Hachenburg.

Damen- und Kinder- Strohhüte

in allen Preislagen.

Warenhaus **S. Rosenau** Hachenburg.

Apfelwein

Rhenfer und Selterfer

Mineralwasser

feinste alkoholfreie

Erfrischungsgetränke

mit Zitronen-, Himbeer- und Waldmeistergeschmack stets lieferbar.

Phil. Schneider G. m. b. H.

Hachenburg. Fernruf Nr. 2.

Herren- und Knaben- Strohhüte

in Massenauswahl.

Warenhaus **S. Rosenau** Hachenburg.

Taschenlampen und Batterien

Isolierflaschen

zum Warmhalten von Getränken

Einkochdosen

Benzin in Flaschen

Seidebese das Stück zu 40 Pfg.

empfehlen

Josef Schwan, Hachenburg.

Neu eingetroffen: Feldpostschachtel

in allen gangbaren Größen Butter-, Marmelade- und Eierschachteln

Ferner empfehle:

Briefpapiere und Umschläge in Mappen

lose Kartenbriefe } ins Feld und aus dem Feld

Postkarten } Notizbücher in verschiedenen Größen

Füllfederhalter mit Ersatzfedern

Federhalter, Federn, Bleistifte, Kopier-

Paketkarten, Frachtbriefe, Versandzettel

Ulsteins Kriegsatlas mit 52 Karten

allen Schauplätzen des Weltkrieges. 1,50 Mark.

Neu! Fröbelsche Zusammensetzspiele

der schönste Zeitvertreib für Kinder

Unterhaltungs- und Jugendbücher.

Th. Kirchhübel, Buch- und Papierhandlung

Hachenburg, Wilhelmstraße.

Fleißiges und sauberes
Stundenmädchen od. Frau
sucht sofort oder später
Frau J. Wagner
Hachenburg, Friedrichstraße 1.

Müller

für meine Schmerspatzmühle
im Speffart, Boyern, in
dauernde Stellung gesucht.

G. Welsch, Welsch a. Rhein.

Eine frischmelkende Ziege

zu verkaufen bei Daniel
Klein, Hachenburg.

Särge

in allen Ausführungen
sofort lieferbar.

Eigene Anfertigung.

Ferd. Eichelhardt

Schreinermeister
Hachenburg.

Einfargung (auch auswärts)
wird bestens besorgt.

Maitra

Hotel zur

Neu eingetroffen:

Große Senf

Elegante

Herren

Krawatten

Binder

lange Form für

und Umlegehaken

Schleifen

in guten Qual.

Warenhaus

S. Rosenau

Hachenburg.